



Presseschau vom 18.02.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal das Territorium der Republik beschossen. Dies teilte die Volksmiliz der LVR mit.

Die Beschüsse erfolgten unter Anwendung von Schusswaffen, Granatwerfern des Kalibers 82mm und kleineren Granatwerfern aus Richtung Trjochisbjonka auf das Gebiet der T-förmigen Kreuzung am Rand des genannten Dorfes.

Opfer gibt es keine, teilte die Volksmiliz mit.

De.sputniknews.com: Anschlag von Ankara: Gemeinsames Vorgehen gegen Terror nötig – Moskau

Der jüngste Terroranschlag in Ankara zeigt erneut die Notwendigkeit einer Vereinigung aller Staaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, wie es in einer Erklärung des russischen Außenministeriums heißt.

„Wir drücken dem türkischen Volk unser tiefempfundenes Beileid im Zusammenhang mit dem Terroranschlag aus, versichern auch den Familien der Opfer unsere Anteilnahme und wünschen allen, die durch die Extremisten verletzt wurden, eine gute und baldige Besserung“, so das Dokument.

„Dieses barbarische Verbrechen kann nicht rechtfertigt werden“, heißt es weiter. Die Drahtzieher müssen laut dem Ministerium für die begangene Straftat bestraft werden.

In der türkischen Hauptstadt Ankara war es am Mittwochabend zu einer schweren Explosion gekommen. Die Detonation hatte sich um etwa 18.30 Uhr MEZ im Regierungsviertel Cankaya ereignet. Es gibt 28 Tote und mehr als 60 Verletzte.

Ukrinform.ua: Bei der Explosion einer Mine im Raum Pisky ist ein ukrainischer Soldat getötet worden. Weitere zwei Soldaten wurden verletzt, teilte die Beraterin des Gouverneurs von Dnipropetrowsk Tetjana Huba auf ihrer Facebookseite mit. Einer der verwundeten Soldaten wurde in ein Krankenhaus in Selidowe eingeliefert. Sein Gesundheitszustand ist sehr schwer, ihm wurden beide Beine amputiert, schrieb Tetjana Huba.

Lug-info.com: Die Lastwagen des 49. Konvois des Zivilschutzministeriums Russlands, des ersten in diesem Jahr, sind in Lugansk eingetroffen, in nächster Zeit beginnt das Ausladen. Wie ein Vertreter der Staatsreserve der LVR mitteilte haben 28 Lastwagen der russischen Zivilschützer etwa 303 Tonnen verschiedene Güter in Republik geliefert. Darunter sind 27 Tonnen Milchkonserven, 63 Tonnen Mehl, 39 Tonnen Fischkonserven, 47 Tonnen Fleischkonserven, 60 Tonnen Gieß. Insgesamt wurden 297 Tonnen Lebensmittel und 6 Tonnen Material für die Feuerwehr geliefert.

Dan-news.info: Ein Schulgebäude in der Siedlung Starmichajlowka am westlichen Rand von Donezk wurde in der Folge eines nächtlichen Beschusses der Ortschaft von den ukrainischen Positionen aus beschädigt. Dies teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Heute Nacht wurde das Gebäude der örtlichen Schule durch einen Beschuss von ukrainischer Seite beschädigt“, sagte ein Vertreter des Ministeriums. Er fügte hinzu, dass das Verteidigungsministerium der DVR die Informationen über den Beschuss den OSZE-Beobachtern übergeben hat, die heute vorhaben vor Ort zu fahren.

Dan-news.info: Der 49. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF ist heute in Makejewka eingetroffen. Dies teilte der Pressedienst des Koordinationszentrums für den Wiederaufbau der DVR mit.

„Die Kolonne mit 54 Lastwagen ist in Makejewka eingetroffen. Ein Teil der weißen Lastwagen wird hier ausgeladen werden, die übrigen an zwei Lagern in Donezk“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Beim Ausladen sind 250 Freiwillige beteiligt.

„Die russischen Zivilschützer haben heute etwa 600 Tonnen Lebensmittel geliefert: 127 Tonnen Mehl, 124 Tonnen Zucker, 94 Tonnen Fleischkonserven, 80 Tonnen Fischkonserven, 61 Tonnen Buchweizengrütze, 60 Tonnen Reis und 54 Tonnen Milchkonserven. Außerdem kamen drei gezielte Lieferungen an Institutionen“, sagte die Vertreterin des Koordinationszentrums.

Bei letzteren handelt es sich um Lieferung für die 77. und 33. Schule der Hauptstadt, die Donezker technische Universität und das Donezker republikanische Puppentheater – Gegenstände des täglichen Bedarfs, Unterrichtsliteratur und Material für die Aufführungen.

De.sputniknews.com: Drei-Milliarden-Kredit: Ukraine kommt vor das Oberste Gericht

Russland hat die Hoffnung auf die freiwillige Zahlung der drei Milliarden Dollar Schulden durch die Ukraine verloren und geht gegen dieses Land gerichtlich vor, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag.

„Die Ukraine ist leider nicht bereit, mit uns im Geiste des guten Willens zu verhandeln, wozu nicht nur wir, sondern auch der IWF sie aufgefordert haben“, sagte der russische Finanzminister Anton Siluanow. „Deshalb haben wir nur eine einzige Möglichkeit für die Lösung dieser Frage: vor Gericht zu gehen, was wir auch getan haben.“ Später präzisierte seine Behörde, dass Moskau vor dem Obersten Gericht in London nicht nur die Schulden in Höhe von drei Milliarden Dollar verlange, sondern auch die im Dezember 2015 ausgefallene Coupon-Zahlung von 75 Millionen Dollar samt den Zinsen und der Entschädigung für die bevorstehenden Gerichtskosten.

Im Dezember 2013 hatte Russland ukrainische Schuldverschreibungen für drei Milliarden Dollar gekauft. Damals war Viktor Janukowitsch noch Präsident der Ukraine. Am 20. Dezember 2015 hätte Kiew diese Summe begleichen müssen. Die Ukrainer bestanden auf einer Umschuldung unter Bedingungen, die die privaten Inhaber der ukrainischen Obligationen zuvor akzeptiert hatten (Abschreibung von 20 Prozent der Schulden und Tausch der Wertpapiere für Schuldverschreibungen mit einer Tilgungsfrist von 2019 bis 2027).

Am 17. Dezember unterstützte der Internationale Währungsfonds Russland und erkannte den russischen Kredit als eine souveräne Schuld an, für die die Umschuldungsbedingungen für private Obligationeninhaber nicht gelten.

Dennoch weigerte sich Kiew, die Schulden bei Moskau zu begleichen. Seit Januar verhandelten die Seiten unter Vermittlung Deutschlands über die Regelung der Situation auf außergerichtlichem Weg, jedoch erfolglos.

Siluanow äußerte die Hoffnung, dass die Gerichtsverhandlungen in London „offen und transparent“ verlaufen werden. Russlands Interessen werden dabei von der Firma Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP vertreten, deren Experten das Land auch 2014 im Rahmen des Gerichtsprozesses gegen die einstigen Aktienbesitzer des Ölkonzerns Yukos in Den Haag verteidigt hatten.

Marat Dawletbajew vom Anwaltsbüro Nektorov, Saveliev & Partners schätzt Russlands Erfolgchancen im Streit gegen die Ukraine hoch ein, warnt aber, dass es bei der Erfüllung des Gerichtsurteils „Schwierigkeiten“ geben könnte. Denn die Ukraine genieße Immunität in Bezug auf ihr Eigentum im Ausland, „und die Erfüllung des Gerichtsurteils in der Ukraine wäre unrealistisch“, so der Experte. Damit würde Russland auf dieselben Probleme stoßen, mit denen auch die einstigen Yukos-Aktionäre konfrontiert gewesen seien, als das Gericht ein Urteil gegen Russland gefällt habe, ergänzt Dawletbajew.

In Moskau begreift man diese Gefahr. Wie Vize-Finanzminister Sergej Stortschak sagte, müsste die russische Seite selbst ukrainische Aktiva suchen, für die die ukrainische Immunität nicht gilt. „Das ist eine ziemlich schwere und anstrengende Arbeit“, zitiert die Nachrichtenagentur Interfax den Beamten. Deshalb seien die Russen zu weiteren Verhandlungen mit Kiew bereit. „Die Gerichtsverhandlungen und die Gespräche zwischen den Seiten könnten parallel verlaufen, und falls eine Vereinbarung getroffen wird, könnte der Gerichtsprozess eingestellt werden“, betont Stortschak.

[Ukrinform.ua: Die Ukraine wird beweisen, dass „Janukowitschs Schuld“ eine Bestechung nach der Form und dem Inhalt ist.](#)

[Das sagte heute der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin in einem exklusiven Kommentar für den Ukrinform-Korrespondenten.](#)

[„Natürlich werden wir daran arbeiten, um zu beweisen, dass es tatsächlich ein Bestechungsgeld sowohl nach der Form als auch nach dem Inhalt war. Und die Tatsache, dass sich damit der Londoner Gerichtshof beschäftigen wird, gibt uns zusätzliche Möglichkeiten dafür. Wir bereiten uns darauf vor und bald werden alle entsprechenden Botschaften gemacht“, sagte der Außenminister.](#)

[Es sei zu erinnern, dass Russland gestern eine Klage gegen die Ukraine zur Einforderung](#)

von \$ 3 Mrd. Schulden in High Court of Justice in London eingereicht hat. Russland hat am Ende des Jahres 2013 die Regierungsobligationen der Ukraine für diesen Betrag erworben. Solchen Schritt erachten die Analytiker als Moskaus Entlohnung für die Entscheidung des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch, die Pläne für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union aufzugeben.

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben in der Nacht das Dorf Kominternowo im Süden des Donbass beschossen, eine Gasleitung wurde beschädigt. Dies teilte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks der DVR Oleg Morgun mit.
„Nachts gab es Schüsse im Gebiet von Kominternowo, es wurde auch Richtung Mariupol geschossen. Niemand wurde verletzt, Zerstörungen gibt es keine, aber eine Gasleitung wurde beschädigt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.
Nach seinen Worten wurden Mitarbeiter des staatlichen Konzerns „Donbassgas“ an den Ort gerufen, um den Schaden zu untersuchen und zu reparieren.

Dan-news.info: Ukrainische Abteilungen haben in der letzten Nacht die Ortschaft Shabitschewo und das Dorf Spartak in der Nähe des Donezker Flughafens beschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Strukturen der DVR mit.
„Die Beschüsse der Ortschaften Shabitschewo und Spartak begannen gegen 22:30“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Er fügte hinzu, dass das Feuer von den Positionen des Gegners in den okkupierten Dörfern Newelskoje und Peski kam.
Während des Beschusses verwendete der Gegner elf Mal Granatwerfer des Kalibers 82mm und fünf Mal Granatwerfer des Kalibers 120mm, außerdem wurden kleinere Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben während des nächtlichen Beschusses von Staromichajlowka im Kirowskij-Bezirk im Westen von Donezk verschiedene Arten von Waffen einschließlich Artillerie verwendet. Dies teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit.
„Beim Beschuss des Ortschaft Staromichajlowka haben die ukrainischen Streitkräfte mit Abwehrgeschützen, Artilleriegeschützen und Granatwerfern des Kalibers 120mm geschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. „Das Schulgebäude in Staromichajlowka wurde mit Panzertechnik beschossen“.

De.sputniknews.com: Regierungskrise in der Ukraine: Galgenfrist bis zum Herbst?
In der Obersten Rada (Parlament) ist das Misstrauensvotum gegen die ukrainische Regierung gescheitert. Das Parlament hat zwar die Tätigkeit der ukrainischen Regierung 2015 als unbefriedigend bezeichnet, die notwendige Stimmenzahl zur ihrer Absetzung wurde jedoch nicht erreicht, schreibt die Zeitung „Nowyje Iswestija“ am Donnerstag.
Die Oberste Rada erörterte mehr als vier Stunden den Bericht des Kabinetts. Nach einer lautstarken Erklärung von Präsident Petro Poroschenko und seinem Aufruf zur Absetzung des Kabinetts wurde der Bericht als unbefriedigend bezeichnet. Staatsanwalt Viktor Schokin folgte dem Aufruf Poroschenkos und erklärte seinen Rücktritt.
Premier Jazenjuk schloss sich seinem Beispiel allerdings nicht an. In seinem Bericht betonte er, dass sich die Ukraine in Richtung Nato bewege und die wirtschaftliche Attraktivität des Landes und die Einnahmen der lokalen Haushalte wegen der Dezentralisierung um 42,5 Prozent gestiegen seien. Vor der Abstimmung sagte er: „Ich bitte das Parlament, heute den Beschluss über das künftige Schicksal des Landes zu treffen und das Misstrauensvotum

gegen die Regierung zur Abstimmung vorzulegen. Wir werden die Regierung mit Ehre und Würde dem neuen Premier übergeben.“

Parlamentsvorsitzender Wladimir Groisman sagte, dass „der Tag schwieriger Entscheidungen“ gekommen sei. Doch im Ergebnis wurde Jazenjuks Absetzung von 194 Abgeordneten unterstützt, während die beschlussfähige Mehrheit im ukrainischen Parlament 226 Stimmen ausmacht. Das nächste Mal kann die Oberste Rada über das Misstrauensvotum erst in der nächsten Sitzungsperiode abstimmen, die am 2. September beginnt.

Laut dem Politologen Sergej Taran hat die jetzige Krise drei Gründe – Korruption, fehlende Deregulierung und schwache Informationspolitik. Bislang gebe es nur eine einzige Lösung für die politische Krise – die Verhandlungen und Beratungen innerhalb der Koalition, deren Ergebnis die Umbesetzung der Regierung sein soll.

Es kann sein, dass die Koalition in der aktuellen Zusammensetzung bis zum Herbst nicht bestehen bleibt. Die Chefin der Partei „Batkiwtschyna“, Julia Timoschenko, erklärte am Mittwoch nach einer Fraktionssitzung, aus der Koalition auszutreten. „Wir müssen feststellen, dass es in diesem Parlament nie eine Koalition der demokratischen Kräfte, eine proeuropäische Koalition gegeben hat“, sagte Timoschenko. Den Austritt aus der Koalition kündigten auch die Abgeordneten der Fraktion des Poroschenko-Blocks, Sergej Kaplin und Alexander Sugonjako, an. Damit bleiben in der Koalition 239 Abgeordnete, benötigt werden mindestens 226. Damit hat der Angriff von Timoschenkos Mitstreitern noch nicht zum Zerfall der Koalition geführt.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30794/44/307944474.jpg>

Ukrinform.ua: Die Partei „Batkiwtschyna“ (Vaterland) hat den Minister für Jugend und Sport Ihor Schdanow ausgeschlossen. Das gab die Pressestelle der Partei am Donnerstagabend bekannt.

Am Mittwoch hatte die Tymoschenko-Partei die Koalition verlassen und Minister Schdanow aus der Regierung zurückgezogen. Schdanow weigerte sich aber, zurückzutreten.

„Ihor Schdanow hat seine Wahl getroffen. Das war seine Entscheidung und die Partei reagierte darauf folgerichtig“, heißt es in der Pressemeldung.

Dan-news.info: Die „Russische Union der Rettungskräfte“ hat den Kollegen aus dem Zivilschutzministerium der DVR mehr als 100 Tonnen Ausrüstung und spezielle Schutzkleidung für die Brandlöschung übergeben. Dies teilte heute der Pressedienst des

Zivilschutzministeriums mit.

„Gerade ist der Konvoi eingetroffen, jetzt wird er ausgeladen. Vor Ort ist der stellvertretende Zivilschutzminister der DVR Andrej Bogomas. Elf Lastwagen haben etwas mehr als 108 Tonnen brandschutztechnisches Material geliefert. Wir erhalten nicht das erste Mal Hilfe von der „Russischen Union“, aber das erste Mal in einer solchen Menge. Dies ist eine unschätzbare Hilfe für uns“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Angaben des Pressedienstes des Zivilschutzministeriums wurden 1500 Brandschutzkleidungssets, Helme, Gürtel und individuelle Schutzausrüstung geliefert. Die russischen Kollegen haben den republikanischen Rettungskräften auch 600 Feuerwehrschräume und mehr als 100 Feuerwehrrohre, 20 Sätze hydraulischer Instrumente und Spezialausrüstung.

„Im Republikanischen Zivilschutzzentrum sind heute neun Lastwagen eingetroffen, weitere fünf Lastwagen haben eine Lieferung in die militärische Bergbaurettungsabteilung gebracht. Zunächst wird die humanitäre Hilfe eingelagert und bei Notwendigkeit ausgegeben“, erläuterte das Zivilschutzministerium.

Lug-info.com/Dan-news.info: Die LVR hat zu Ehren des ersten Jahrestags der Befreiung von Debalzewo von den ukrainischen Strafruppen den Einwohnern eine Gedenkstele übergeben, die an der Einfahrt zur Stadt aufgestellt wurde.

In einer feierlichen Einweihungszeremonie der Stele „Debalzewo“ nahmen Vertreter der LVR und der DVR teil.

„Dass wir uns hier heute gemeinsam versammelt haben, bestätigt ein weiteres Mal, dass wir alle Schwierigkeiten überstehen werden. Wir reichen einander die Hand zur Hilfe, bauen unsere Städte wieder auf“, sagte die stellvertretende Leiterin der Administration des Oberhauptes der LVR Marina Filippowa.

„Debalzewo ist eine Stadt, die die LVR und die DVR vereint hat und der ukrainischen Junta gezeigt hat, dass hier Menschen sind, die wissen, was sie tun und es tun können“, fügte sie hinzu.

„Diese Stele wurde auf dem Territorium des russischen Staats hergestellt und es ist nicht nur ein Geschenk der LVR, sondern auch eine Gabe Russlands“, sagte der Informationsminister der LVR Wjatscheslaw Stoljarenko. „Ich will uns allen zum Feiertag gratulieren und uns allen Frieden und Gutes wünschen“.

Der stellvertretende Bürgermeister Debalzewos Alexandr Rejngold sagte, dass während der Kämpfe die Stadt zu 80% zerstört wurde.

„Von 287 mehrstöckigen Häusern wurden 201 zerstört. Im privaten Sektor wurden von 6500 Häusern 1200 zerstört. Derzeit werden 81 Häuser wiederaufgebaut. Im privaten Sektor wurden 41 Häuser neu gebaut. In diesem Jahr ist der Wiederaufbau von 47 Häusern geplant“, informierte der stellvertretende Bürgermeister.



http://img.lug-info.com/cache/1/7/IMG_5669.JPG/w620h420wm.jpg

de.sputniknews.com: Angst vor Moskauer Kernwaffeneinsatz eine Einbildung – russischer Botschafter in USA

Die Aussagen westlicher Politiker über die vermeintliche Bereitschaft Russlands, in einem konventionellen Krieg Atomwaffen anzuwenden, sind Phantasien, sagte der russische Botschafter in den USA, Sergej Kisljak, gegenüber der Agentur Sputnik.

Er kam damit der Bitte nach, zu den Behauptungen Stellung zu nehmen, die in den letzten Tagen bei der Münchner Sicherheitskonferenz laut geworden waren.

Mehrere Konferenzteilnehmer hatten Russland wegen seiner zuvor angenommenen Nukleardoktrin kritisiert, die angeblich den Einsatz von Atomwaffen in einem konventionellen Krieg erlaube.

Laut der russischen Militärdoktrin behält sich Russland das Recht vor, als Antwort auf die Anwendung nuklearer und sonstiger Massenvernichtungswaffen gegen sich selbst und seine Verbündeten und im Falle einer Aggression gegen Russland unter Einsatz konventioneller Waffen Kernwaffen einzusetzen, falls die Existenz des Staats bedroht sein würde.

Dazu erläuterte der russische Präsident Wladimir Putin: „(...) Wir haben nie mit diesem nuklearen Knüppel gefuchtelt und werden dies auch niemals tun. Aber in unserer Nukleardoktrin ist diesen Waffen der gebührende Platz und die gebührende Rolle zugewiesen.“

Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der

LVR Oberst Igor Jaschtschenko

Die ukrainischen Truppen begehen weiterhin Provokationen und Diversionen auf den von ihnen kontrollierten Territorien, um dann die Soldaten der Volksrepubliken dessen zu beschuldigen.

„So wurden nach Informationen unserer Aufklärung im Popasnaja-Bezirk des Lugansker Oblast von einer Erkundungs- und Diversionsgruppe der ukrainischen Streitkräfte ein Sprengsatz an einem Eisenbahngleis angebracht, und dann hat sie es „heldenmütig“ selbst gefunden. Dabei haben sie erklärt, dass diese Diversion von der Volksmiliz durchgeführt wurde. Obwohl die ukrainische Seite dafür keinerlei Beweise vorbringen kann“, sagte er. Gleichzeitig unterstrich der Oberst, dass trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen und fälschlichen Beschuldigungen in Bezug auf Beschüsse die Volksmiliz weiterhin die in Minsk erreichten Vereinbarungen einhält.

„Auf Provokationen und fälschliche Beschuldigungen der ukrainischen Streitkräfte antworten wir nicht und beachten streng das „Regime der Ruhe““, fügte er hinzu.

Lug-info.com: Durch einen Gerichtsbeschluss wurde der zuvor festgenommene Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der LVR Alexej Rusakow in Untersuchungshaft genommen. Dies teilte der Pressedienst des Staatssicherheitsministeriums mit.

„Nach Behandlung der Materialien in der Strafsache Rusakow, der verdächtigt wird, kriminelle Handlungen gemäß Teil 2, Artikel 350 des Strafrechtsbuchs der LVR begangen zu haben, nämlich der Nutzung eines staatlichen Amtes und seiner dienstlichen Vollmachten gegen die Interessen des Dienstes, wobei die Rechte und gesetzlichen Interessen des Staates erheblich geschädigt worden, hat der Bezirksgerichtshof von Lugansk beschlossen, ihn in Untersuchungshaft zu nehmen“, heißt es in der Mitteilung.

Die Gerichtsverhandlung war öffentlich.

Lug-info.com: Die Generalstaatsanwaltschaft der LVR hat ein Strafverfahren gegen den Generaldirektor des staatlichen Unternehmens „Lutuginsker Walzenproduktionskombinat“ Witalij Schwajko eröffnet, der unter dem Verdacht steht, der Republik Schaden in einer Summe von mehr als 31 Mio. Rubel zugefügt zu haben. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wurde Schwajko festgenommen.

„Durch die Ermittlungen in der Strafsache wurde festgestellt, dass der Generaldirektor des staatlichen Unternehmens „Lutuginsker Walzenproduktionskombinat“ seine Vollmachten missbraucht hat und dadurch dem Budget der LVR einen Schaden von 31.282.421,60 Rubel verursacht hat“, heißt es in der Mitteilung:

„Außerdem wurde im Verlauf der Ermittlungen festgestellt, dass Schwajko in der Zeit zwischen März 2015 und Januar 2016 ohne spezielle Genehmigung in ungesetzlicher Weise über das Unternehmen Militärtechnik beschafft hat, die anschließend verschoben wurde“, heißt es aus der Behörde.

Die Generalstaatsanwaltschaft teilte mit, dass derzeit weitere Ermittlungen laufen, um alle Umstände festzustellen und eine mögliche Beteiligung an anderen kriminellen Aktivitäten festzustellen.

Dnr-news.com: Vier Mitarbeiter kommunaler Dienste wurden während der Beschuss des Kiewski-Bezirks von Donezk am Vortag verletzt worden, sagte am Donnerstag ein Vertreter des Verteidigungsministeriums der Volksrepublik Donezk.

"Gestern (Mittwoch), gegen zwei Uhr nachmittags wurden als Folge des Beschusses des Kiewski-Bezirks vier Personen durch Splitter verletzt wurden. Sie waren mit dem Fällen von Bäumen beschäftigt"



<http://dnr->

news.com/uploads/posts/2016-02/1455793540_1_1410350291.jpg

De.sputniknews.com: Russland-Berichte unter der Lupe: Deutschland basht am besten
In einer neuen, schon fast zur Tradition gewordenen Studie hat RIA Novosti wieder einmal alle weltweiten Publikationen zum Thema Russland unter die Lupe genommen und ist zu dem Schluss gekommen, dass die Bundesrepublik einmal mehr klarer Spitzenreiter in der Negativhysterie um Russland ist.

Anfang Februar hatte RIA Novosti bereits eine ähnliche Studie mit einer Liste von Russland-Bashern veröffentlicht. Damals lag Deutschland mit 162 negativen und mäßig negativen Artikeln und Meldungen, die in der Zeitspanne vom 1. bis zum 7. Februar veröffentlicht wurden, klar vorn – gefolgt von Polen und Schweden.

Für die Studie in dieser Woche wurden Publikationen vom 8. bis zum 14. Februar untersucht, wobei sich bei den Ergebnissen erneut eine unglaubliche Beständigkeit/Beharrlichkeit bei den deutschen Medien zeigte:

Auch dieses Mal landete Deutschland mit allein 30 negativen (n.) und 202 mäßig negativen (m. n.) Artikeln auf Platz eins. Bashing-Silber holte diesmal Großbritannien (11 n., 48 m. n.) und Bronze gewann Österreich – zwar würde dieses Land mit nur zehn deutlich negativen Artikeln hinter Polen (16 n., 22 m. n.) und der Ukraine (16 n., 5 m. n.) liegen, doch mit etwa 47 „mäßig“ negativen Publikationen sicherte es sich trotzdem den dritten Platz.

Am fleißigsten waren unter den weltweiten Medien also auch diesmal wieder die Deutschen: Die ARD liegt mit 27 negativen und mäßig negativen Berichten in einer Woche vorn, wobei die FAZ mit knapp 26 Artikeln zum ersten Mal seit langem seinen traditionellen ersten Platz verfehlte, dicht gefolgt von der Deutschen Welle (22) und Deutschlandradio (21), der Süddeutschen Zeitung (20) und Der Welt (19). Beachtenswert ist, dass erst der neunte Platz von einer nichtdeutschsprachigen Zeitung eingenommen wird – vom französischen Le-Figaro (19).

Obwohl die Frankfurter Allgemeine Zeitung im jüngsten Bashing-Rennen kein Gold holen konnte, hat sie in der Woche ideologisch gesehen doch gute Arbeit geleistet und sicherlich einen Trostpreis verdient:

„Das Ideal der Freiheit gegen den Wunsch nach Herrschaft“ – so sieht ein FAZ-Kolumnist den Westen und Russland, deren Prinzipien auf der Münchner Sicherheitskonferenz „zusammengeprallt“ seien.

„Auf der einen Seite stehen die Länder des Westens, deren Politik und Handlungen jenseits klassischer Machtpolitik immer auch irgendwo vom Idealismus der Freiheit, der offenen Gesellschaft und der Selbstverwirklichung getragen werden und gerade deswegen Millionen junger Menschen in ihrem Freiheitsdrang bestärken. Auf der anderen Seite steht ein herrschaftsorientiertes Russland, dem derzeit eine Werte-Basis seines Gesellschaftssystems

fehlt“, betonte er in seinem Kommentar vom 13. Februar.

Zudem „paktiere“ Russland „mit einem der schlimmsten Regime der modernen Welt“, womit offensichtlich der syrische Präsident Baschar Assad gemeint ist, und versuche, den Westen nun „auf perfide Weise zu destabilisieren“ – und zwar mit gesteuerter Online-Propaganda (Ob die FAZ wohl Sputnik damit meint?) und sogar „Millionenförderung für radikale Populisten“.

Soviel zur objektiven Berichterstattung – wohl tatsächlich „immer auch irgendwo vom Idealismus der Freiheit“ geleitet, wie der Autor selbst äußerte.

Im Großen und Ganzen ist die Aktivität der Medien rund um das Thema Russland weltweit seit dem 7. Februar um 23 Prozent gestiegen (etwa 400 Artikel mehr als bei der letzten Studie in der Vorwoche), wobei die meisten Publikationen ein finsternes Russlandbild zeichnen.

„Unsere Aufgabe ist es, die Deformation des Russlandbildes im Ausland zu stoppen. Mit Hilfe der westlichen Propaganda wird unser Land als Aggressor und Outsider in der europäischen Politik dargestellt. All dies hat auch negative Auswirkungen auf die Prozesse im Land“, erklärte am Mittwoch Leonid Sluzki, Vorsitzender des GUS-Ausschusses in der russischen Staatsduma.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt. Die ukrainischen Truppen haben 102 Mal das Territorium der Republik in der Folge von 26 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung beschossen.

Während der Beschüsse verwendete der Gegner: Granatwerfer des Kalibers 120mm und 82mm – 98 Mal, Panzertechnik – 2 mal, Antipanzergrenatwerfer und Schusswaffen – zweimal. Die Beschüsse kamen aus Peski, Krasnogorowka, Newelskoje, Opytnoje, Marjinka, dem Butowka-Bergwerk auf das Territorium der Ortschaften Spartak, Shabitschewo, Staromichajlowka, das Gebiet des Flughafens, das Volvo-Zentrum und den Petrowskij-Bezirk von Donezk, von den Positionen der 14. und der 93. mechanisierten Brigade und dem Kommando von Shakun und Klotschkow.

In der Folge der Beschüsse wurde ein Soldat der Streitkräfte der DVR, der sich auf einem Beobachtungspunkt befand, durch einen Scharfschützenangriff verletzt. Unter der friedlichen Bevölkerung wurden durch die Explosion von Geschossen vier Menschen verletzt. Weiter wurde eine Schule in Starmichajlowka beschädigt“, teilte Eduard Basurin mit.

Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR stellt weiterhin eine Konzentration von Personal und Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie fest.

So in folgenden Gebieten: Belokusminowka, 37 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von sieben Haubitzen bemerkt; Tschasow Jar, 20 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von drei Einheiten Panzertechnik und 14 Fahrzeugen mit Personal festgestellt. In Nowotroizkoje, 6 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von acht Einheiten Panzertechnik und sechs Fahrzeugen mit Personal und Munition bemerkt.

Nach Angaben des Berichtes der OSZE-Mission wurde in den Lagerorten für ukrainische Waffen und Militärtechnik das Fehlen von drei Artilleriegeschützen (D-48, 85mm) und zwei 100mm-Antipanzergeschützen „Rapira“ festgestellt.

Die ukrainischen Vertreter im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination sorgen nicht für eine Kontrolle und Koordination der Aktivitäten zum Regime der Feueinstellung. Im Grunde haben sie sich in Statisten bei den Verletzungen des Regimes und bei der Ausgabe unrichtiger Informationen zum Nutzen der militärisch-politischen Führung der Ukraine und der OSZE-Mission verwandelt. Ein kürzlicher Fall, der solche Aktivitäten bestätigt, ist das Gefecht zwischen nationalistisch ausgerichteten Abteilungen und Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte unter Anwendung von Mehrfachraketenwerfern „Grad“ in Marjinka und Nowotroizkoje sowie die Verletzungen der Vereinbarungen über einen Abzug von Waffen von Kontaktlinie durch die ukrainische Seite. All dies demonstriert die schweigende Zustimmung und das Fehler einer Kontrolle über die

Situation in der ATO-Zone von Seiten der militärisch-politischen Führung der Ukraine und das Bestreben eine Fortführung des bewaffneten Konflikts im Donbass zu provozieren.

Video der Pressekonferenz mit englischen Untertiteln:

<iframe width="854" height="480" src="https://www.youtube.com/embed/ZNWXeodgRp0" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/ZNWXeodgRp0>

Dnr-online.ru: Am 16. Februar während eines Besuchs der Ortschaft Sajzewo, die sich in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie befindet, weigerte sich der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine Alexander Hug sich mit einer Gruppen von örtlichen Einwohnern zu unterhalten. Am Abend desselben Tages war in Sendungen von „Rossija 24“, „Reuters“, „Life News“, „Perwyj Kanal“ und „ZDF“ zu hören, dass die Frage einer Journalistin der offiziellen Seite der DVR, warum die OSZE-Mission keine Untersuchung der Einschlagsorte der Geschosse aus der Nacht vom 15. auf den 16. Februar vorgenommen hat und warum der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine sich geweigert hat, die Einwohner von Sajzewo anzuhören, Hug folgendermaßen kommentierte:

„Als wir vorhatte,n das Dorf zu verlassen, befand sich auf der Straße eine Gruppe Zivilisten, aber sie waren keine Einwohner des Dorfes. Ich sah, wie Herr Basurin sich versteckte und diese Gruppe von Menschen anleitete. Sie können Herrn Basurin ausrichten, dass ich bereit bin, mich mit ihm direkt zu unterhalten. Es ist nicht nötig, Menschen in Bussen heranzubringen, um diese Unterhaltung nicht direkt durchzuführen“, sagte Alexander Hug. Um diesen Zwischenfall aufzuklären, haben sich Journalisten der offiziellen Seite der DVR mit Einwohnern von Sajzewo getroffen, die von dem Vorfall erzählten. „Zwei Tage vor der Ankunft von Hug wandten sich Vertreter der OSZE an mich. Sie baten mich Einwohner von Sajzewo zusammenzubringen, damit sie von unserer Situation berichten. Als den Menschen klar wurde, dass Hug nicht vorhatte anzuhalten, blockierten sie die Straße. Er kam nicht selbst heraus, es kamen irgendwelche seiner Vertreter. Die Antworten, die die Menschen erhalten wollten, haben sie nicht erhalten. Es war sehr kränkend“, erklärte die Direktorin eines kommunalen Unternehmens in Sajzewo Irina Dukin.

Das Originalvideo in russischer Sprache ist hier zu sehen:

<iframe width="640" height="360" src="https://www.youtube.com/embed/IF1cg0z_9OE" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/IF1cg0z_9OE

Dnr-online.ru: Am 18. Februar fand in Donezk ein thematisches Treffen „Frontkämpfer, legt die Orden an!“ unter Teilnahme von Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs und Vertretern der Streitkräfte der DVR statt. Die Veranstaltung war dem Jahrestag der Befreiung von Debalzewo von den ukrainischen Truppen gewidmet.

Als erstes sprach der Kulturminister der DVR Michail Sheltjakow. „Dem Vaterland zu dienen und es zu verteidigen – das ist eine große Ehre. Heute sind auf der Veranstaltung Vertreter von zwei Generationen – Teilnehmer des Großen Vaterländischen Kriegs und Helden des jetzigen Kriegs, die Debalzewo befreit haben“, sagte er. Er gratulierte auch den Anwesenden zum bevorstehenden Feiertag – dem Tag des Verteidigers des Vaterlands.

„Ich kann die Debalzewo-Operation mit der Schlacht von Stalingrad vergleichen, in deren Verlauf dem Faschismus das Rückgrat gebrochen wurde. Wir konnten die Operation erfolgreich durchführen und der ganzen Welt zeigen, dass wir bereit sind, für die Freiheit unseres Landes zu sterben“, sagte in einem Kommentar für die offizielle Seite der DVR der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin.

Außerdem zog er eine Parallele zwischen dem Großen Vaterländischen Krieg und dem jetzigen Krieg im Donbass.

„Die Faschisten wollten die Sowjetunion und die Bevölkerung, die in ihr lebte, auslöschen. Unsere Veteranen haben mit ihren heroischen Taten erreicht, dass die Verbrechen ans Licht

gelangt sind. Früher hat man sich nur bei großen Feiertagen an die Veteranen erinnert – sie verdienen mehr. Wir müssen uns jeden Tag an sie erinnern, weil sie immer weniger werden. Sie müssen ihre Lebenserfahrung an die junge Generation weitergeben. Diese Veranstaltung ist eine solche Möglichkeit“, meint Eduard Basurin.

Die Teilnehmer an den Kämpfen um Debalzewo tauschen ihre Erinnerungen über die Kämpfe aus und gaben ermunternde Worte an die jungen Soldaten weiter. Bei der Veranstaltung traten auch Donezker Dichter und Musiker auf.

Ukrinform.ua: Die Fraktion des Blocks von Petro Poroschenko wird die Koalition nicht verlassen, sagte Fraktionschef Jurij Luzenko vor Journalisten in Kiew.

"Der Block von Petro Poroschenko bleibt in der Koalition trotz aller Aufrufe seitens anderer Fraktionen, denn das Koalitionsabkommen ist unser Ziel und wir glauben, dass es umsetzbar ist", so Luzenko.

Dabei betonte er, dass der Block von Petro Poroschenko mit der WR in derzeitiger Besetzung nicht zusammenarbeiten werde und erwarte vom Regierungschef Jazenjuk eine Entscheidung über Regierungsumbildung oder dessen Rücktritt.

Ukrinform.ua: Regierungschef Arseni Jazenjuk hat drei Wochen Zeit für eine Regierungsumbildung oder muss er zurücktreten. Dies sagte Fraktionschef der Partei „Block von Petro Poroschenko“ Juri Luzenko vor der Presse.

Laut Luzenko finden in dieser Zeit keine Plenarsitzungen des Parlaments statt. „Der Premier soll entweder Kandidaten für die Regierungsposten und ein konkretes Regierungsprogramm vorschlagen, das eine parlamentarische Mehrheit hinter sich versammeln wird, oder ihm wird bewusst, dass er das nicht tun kann, und er legt sein Amt nieder“, sagte er.

Laut Luzenko könne das Parlament erneut über ein Misstrauensvotum abstimmen, diesmal persönlich gegen Jazenjuk, wenn dieser keine Entscheidung treffe.

De.sputniknews.com: Kiew: Proeuropäische Koalition verliert Mehrheit im Parlament
Die Partei „Samopomoschtsch“ (Selbsthilfe) hat die Regierungskoalition in der Obersten Rada (Parlament der Ukraine) verlassen, was das Ende der Koalition „Europäische Ukraine“ bedeutet, wie das Portal „112.ua“ am Donnerstag mitteilt.

„Die Parteiführung hat beschlossen: die weitere Präsenz der Fraktion ‚Vereinigung Selbsthilfe‘ im Bund mit den politischen Kräften, die Teilnehmer des oligarchischen Umsturzes im Parlament geworden sind, als unmöglich anzuerkennen und die Teilnahme an der Parlamentskoalition einzustellen“, zitiert die „Ukrainskaja prawda“ den Selbsthilfe-Fraktionschef Oleg Beresjuk.

Somit sind in der Koalition 212 Abgeordnete verblieben, wobei für eine Parlamentsmehrheit 226 erforderlich wären. Die Selbsthilfe-Partei ist im Parlament mit 33 Abgeordneten vertreten.

Inzwischen erklärte der ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk, dass am Donnerstag Konsultationen zur Bildung einer neuen Koalition stattfinden werden.

Am 17. Februar verkündete die Chefin der Partei „Batkiwtschyna“ (Vaterland) den Austritt ihrer Fraktion aus der Regierungskoalition. Die im Parlament durchgeführte Abstimmung zum Misstrauensantrag gegen die Regierung nannte sie ein „außerordentliches Ereignis, wo alles ans Tageslicht gekommen ist“.

Am 16. Februar scheiterte ein Misstrauensantrag gegen die Jazenjuk-Regierung im Parlament. Das Misstrauensvotum unterstützten 194 Abgeordnete bei erforderlichen mindestens 226 Stimmen.

Die proeuropäische Parlamentskoalition war nach den vorgezogenen Wahlen im Oktober 2014 in der Rada gebildet worden. Bis zum 1. September 2015 zählte sie 302 Abgeordnete.

Zuerst verließ die Radikale Partei von Oleg Ljaschko die Koalition. Bis in die jüngste Zeit waren in der Koalition der Block Petro Poroschenko, die Vaterlandspartei, die „Volksfront“ und die Selbsthilfe-Partei des Bürgermeisters von Lwiw, Andrej Sadowoi, vertreten.

Dnr-online.ru: Auf dem Gebiet einer der landwirtschaftlichen Betriebe der DVR wird auf Bitten des Landwirtschaftsministeriums der DVR ein Demonstrationsfeld angelegt. Dies teilte heute in Donezk der Leiter der Rostower Filiale der staatlichen Einrichtung „Rosselchoszentr“ Walerij Salamatin mit.

„Solche Felder sind notwendig, damit die Landwirte der Republik die neuen Sorten, Arten von landwirtschaftlichen Kulturen kennenlernen: Wie sie sich unter ihren klimatischen Bedingungen machen und unter Anwendung ihrer Agrartechnologie“, sagte er.

Nach den Worten des Gastes aus der RF gibt es im Rostower Oblast einige solcher Demonstrationsfelder, auf denen sowohl russische als auch ausländische Sorten praktisch aller landwirtschaftlichen Kulturen erprobt werden. „Die Samenproduzenten haben alle absolut gleiche Möglichkeiten und jeder unserer Landwirte kann, nachdem er die Dinge mit eigenen Augen gesehen hat, selbst eine entsprechende Wahl treffen“, sagte Walerij Salamatin.

Abends.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR hat die Kategorien von Kindern festgelegt, die aus staatlichen Mitteln in den Bildungseinrichtungen mit kostenlosen Mahlzeiten versorgt werden. Dies teilte heute während einer Pressekonferenz die stellvertretende Direktorin der Kassenabteilung des Finanzministeriums der DVR Swetlana Garas mit.

„Mit kostenlosen Mahlzeiten werden in den allgemeinbildenden Einrichtungen versorgt: Kinder in vorschulischen Einrichtungen, alle Schüler der Klassen 1-4, Schüler der Klassen 5-11, die Anspruch auf Ermäßigungen haben“, sagte sie.

Sie erläuterte, dass zu den Kategorien mit Anspruch auf Ermäßigung insbesondere Kinder aus kinderreichen und wenig abgesicherten Familien, Waisen, Kinder aus Flüchtlingsfamilien, Kinder verstorbener Bergleute und weitere gehören.

Grundlage dieser Regelung ist ein Erlass des Arbeits- und Sozialministeriums und des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums vom 17. September 2015.